



Innen- und Rechtsausschuss des
Landtags Schleswig-Holstein
z.Hd. Vorsitzender Jan Kürschner
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Geschäftsstelle:
Sophienblatt 82-86
D - 24114 Kiel
office@frsh.de
www.frsh.de

Tel: 0431-735 000
Fax: 0431-736 077

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/4419

Kiel, 10.1.2025

**Aktualisierte Stellungnahme des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein e.V. zum
GE zur Änderung der Landeshaushaltsordnung Schleswig-Holstein von CDU und Grünen
(Drs. 20/2321)**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete im Innen- und Rechtsausschuss des schleswig-holsteinischen Landtages,

der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V. ist entschieden gegen Antisemitismus. Das ergibt sich aus unserer historischen Verantwortung und Herleitung unseres Engagements und bildet sich in der regelmäßigen Projekt- und publizistischen Praxis sowie in der Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit unseres Vereins ab. Wir begrüßen und fordern geeignete und zielführende gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ausgerichtete antirassistische und unterschiedslos gegen die Diskriminierung von Minderheiten wirksame legislative, judikative und exekutive Maßnahmen.

Dass zu diesem wichtigen und komplexen gesellschafts- und rechtspolitischen Thema der Bekämpfung des Antisemitismus uns für die Ausschussanhörung zu einem diesbezüglichen Gesetzentwurf der Landesregierung auferlegt wird¹, uns mit Ausführungen über die Sinnhaftigkeit des legislativen Unterfangens zurückzuhalten, ist schon einigermaßen irritierend. Einen Gesetzentwurf hinlänglich zu erörtern und angemessen zu beurteilen, ohne die grundsätzlichen Fragen zu seiner Sinnhaftigkeit einer eingehenden Prüfung zu unterziehen, erscheint uns in keiner Weise zielführend. Vor diesem Hintergrund kommen wir nicht umhin, uns in unserer Stellungnahme zur Drucksache 20/2321 nicht wie gewünscht allein in Formulierungsvorschlägen zu verlieren, sondern – wie wir das regelmäßig in allen für unsere Arbeit relevanten rechtspolitischen Fragen halten – uns mit der Bedarfsgerechtigkeit und Sinnhaftigkeit und den diesbezüglich ggf. beachtenswerten politischen und möglichen gesellschaftlichen Risiken ausführlich auseinanderzusetzen.

Die historische Verantwortung Deutschlands, seiner Institutionen und seiner Gesellschaft für den Schutz von durch Antisemitismus, Gewalt und Diskriminierung bedrohte Minderheiten leitet sich

Hinweis: alle in Fußnoten eingebundenen web-links wurden abschließend bzgl. ihrer Funktion überprüft. Im Einzelfall kann es sinnvoll erscheinen, einen scheinbar dysfunktionalen web-link direkt in den Browser zu kopieren.

¹ Vgl. Einladung v. 10.1.2025 zur mündlichen Anhörung im Innen- und Rechtsausschuss LTSH am 19.2.2025

nicht zuletzt ab aus den von Nazis und Wehrmacht im Dritten Reich u.a. ermordeten 6 Millionen Juden, 27 Millionen Sowjetbürger*innen, 600 Tsd. Kranken und Menschen mit Behinderung, 500 Tsd. Sinti und Roma oder Tausenden Homosexuellen.

Politik, Exekutive und Gesellschaft sind grundrechtlich, mit Blick auf die Erfahrungen aus der Geschichte und nicht zuletzt auf den besorgniserregenden Anstieg relevanter Straftaten und Vorkommnisse zu einem nachhaltigen und für alle Opfergruppen wirksamen Schutz der u.a. von Antisemitismus, Rassismus, Antiziganismus, Antislawismus, Muslim-, Queer- und Behindertenfeindlichkeit Betroffenen mindestens ideell verpflichtet.

Mit Blick auf den hier zur Rede stehenden Gesetzentwurf der schwarz-grünen Landesregierung (Drs. 20/2321 vom 4.7.2024²) allerdings „*stellt sich die grundsätzliche Frage, ob sich der Gesetzgeber darauf einlassen will, auf der Grundlage von Generalklauseln politische Vorgaben für die Richtigkeit von Bekenntnissen aufzustellen oder ob hier nicht eine Grenze legitimer politischer Gestaltung erreicht ist*“. Damit macht Max-Planck-Professorin Marietta Auer in ihrer Stellungnahme³ jenseits von rechtsdogmatischen Überlegungen u.E. die eigentliche im Zentrum stehende politische Frage auf.

Warum wir jenseits der Ihnen von anderer Seite dargelegten rechtlichen Fragwürdigkeit des Gesetzesvorhabens der Ansicht sind, dass mit dem von der Koalition angestrebten Gesetz die Grenze legitimer politischer Gestaltung überschritten und mittels einer auf eine singuläre Opfergruppe abstellenden Antidiskriminierungspolitik fehl gehen würde, mit Blick auf eine wirksame Bekämpfung des Antisemitismus nichts gewonnen wäre, jedoch dem gesellschaftlichen Zusammenhalt in der diversen Einwanderungsgesellschaft nachhaltig Schaden zugeführt werden würde, möchten wir im Folgenden darlegen.

Was die beiden Regierungsfractionen antreibt, ist offensichtlich die mit Blick auf das deutsch-israelische Verhältnis zum Mantra erhobene Staatsraison von der Sicherheit Israels. Unter dem Begriff Staatsraison wird in der Politikwissenschaft ein Vorrang von Staatsinteressen – auch unter Inkaufnahme der Verletzungen von Moral und Rechtsvorschriften – verstanden.⁴

So gesehen kann man die hier zur Beurteilung anstehenden Drucksache 20/2321 der Regierungskoalition auch als eine Gesetzesinitiative verstehen, die selbst unter Inkaufnahme der Verletzungen von Moral und Rechtsvorschriften landtagsmehrheitsfähig werden soll.

Es „*ist Teil der Staatsraison meines Landes. Das heißt, die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar. Und wenn das so ist, dann dürfen das in der Stunde der Bewährung keine leeren Worte bleiben*“, erklärte Angela Merkel 2008 vor dem israelischen Parlament, der Knesset, und Bundeskanzler Olaf Scholz bekräftigte das ausdrücklich in einer Regierungserklärung, nachdem die Hamas und ihre Verbündeten im Zuge eines opferreichen Überfalls auf Israelis am 7. Oktober 2023 die Büchse der Pandora geöffnet hatten.

Der Politikwissenschaftler und Präses des Wissenschaftlichen Forums Internationale Sicherheit (WIFIS) Johannes Varwick erinnert indes daran, dass das Merkel'sche ausdrückliche Bekenntnis „*für die historische Verantwortung und das Eintreten für gemeinsame Werte*“ das Fundament der deutsch-israelischen Beziehungen bilden. Varwick fragt daraufhin, was das aber für die bundesdeutsche Innen- und Außenpolitik bedeute, wenn eine israelische Regierung das gemeinsame Wertefundament verlassen hat⁵? Worauf man schließen könnte eingedenk menschenfeindlicher Äußerungen israelischer Kabinettsmitglieder⁶, der geplanten Zerschlagung der Gewaltenteilung⁷, des maßgeblichen Einflusses rechtsextremer und theokratischer Kräfte in

² GE Landshaushaltsordnung v. 4.7.2024: <https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl20/drucks/02300/drucksache-20-02321.pdf>

³ Marietta Auer, MPI, 13.10.2024: <https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl20/umdrucke/03800/umdruck-20-03814.pdf>

⁴ Definition Staatsraison: <https://de.wikipedia.org/wiki/Staatsraison>

⁵ Johannes Varwick, Freitag, 15.8.2024: <https://www.freitag.de/autoren/johannes-varwick/israel-wie-weit-geht-die-deutsche-staatsraeson>;

⁶ Yoav Galant auf infospesber 14.10.2023: <https://www.infospesber.ch/politik/welt/israels-verteidigungsminister-wir-kaempfen-gegen-tiere/>; TAZ, AI legt Genozidstudie vor, 5.12.2024: <https://taz.de/Amnesty-International-zu-Krieg-in-Gaza/!6050303/>

⁷ Kitzler, ARD, Was die Justizreform verändern soll, 19.7.2023: <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/israel-justizreform-122.html>; tagesschau, Knesset billigt Justizreform, 24.7.2023: <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/israel-justizreform-128.html>

der Regierung⁸, der systematischen Ausschaltung demokratischer Medien⁹, neuer Rechtslagen zur Aushöhlung der bürgerlichen Freiheiten¹⁰, einer völkerrechtswidrigen Besetzung, gewaltvollen Besiedlung und Annexionsankündigungen zur Westbank¹¹ oder der Besiedlung und Annexion der Golan-Höhen¹² sowie der Besetzung syrischer Staatsgebiete¹³, systematischer Zerstörung von Gesundheitseinrichtungen¹⁴ und des Einsatzes von Hunger als Kriegswaffe¹⁵, der Verletzung des Kriegsvölkerrechts¹⁶ oder gar des Genozidvorwurfs¹⁷ im Gaza-Krieg. „*Gilt dann trotzdem Augen zu und durch?*“, fragt Varwick.

Augenscheinlich ja. Eine Art Leitkultur der Staatsraison zugunsten Israels Sicherheit gilt dessen und auch ungeachtet der im Zuge des Haftbefehls des Internationalen Strafgerichtshofs gegen Ministerpräsident Netanjahu, Alt-Verteidigungsminister Galant und Hamasführer Deif zunehmenden internationalen und Kritik aus Forschung, Medien und Kultur offenbar weiterhin vorbehaltlos für die bundesdeutsche Israelpolitik¹⁸. Und diese so verstandene Staatsraison soll

⁸ FRSH, Von Oslo bis Gaza, Moshe Zuckermann, 8.7.2024: https://www.frsh.de/fileadmin/schlepper/schl_109/s109_86-89.pdf

⁹ DLF, Netanjahu attackiert Medien, 7.12.2024: <https://www.deutschlandfunk.de/noch-eine-front-netanjahus-vorgehen-gegen-medien-dlf-101da583-100.html>

¹⁰ GIGA, A step towards authoritarianism?, 1-2025: https://www.giga-hamburg.de/en/publications/giga-focus/israel-s-spyware-law-a-step-towards-authoritarianism?utm_source=alert&utm_medium=email

¹¹ jw, Stillschweigend gebilligt, 28.12.2024: <https://www.jungewelt.de/artikel/490735.palaestina-stillschweigend-gebilligt.html>

ICJ, Legal consequences of israeli occupation, 19.7.2024: <https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/186/186-20240719-sum-01-00-en.pdf>

DLF, IGH: Siedlungspolitik völkerrechtswidrig, 19.7.2024: <https://www.deutschlandfunk.de/igh-israels-siedlungspolitik-verstoest-gegen-voelkerrecht-100.html>;

tagesschau, Haft ohne Anklage, 23.11.2024: <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/israel-westjordanland-siedler-administrativhaft-100.html>

UN OCHA, Westbank snapshot, 12-2024: <https://www.unocha.org/publications/report/occupied-palestinian-territory/west-bank-snapshot-14-december-2023>

UN OCHA, Westbank update #250, 26.12.2024: <https://www.ochaopt.org/content/humanitarian-situation-update-250-west-bank>

aljazeera.com, Israeli settlers commit arson and vandalism, 10.1.2025: <https://www.aljazeera.com/news/2025/1/10/israeli-settlers-commit-arson-and-vandalism-in-spate-of-west-bank-attacks>

¹² DLF, UNO kritisiert Golanhöhen-Besetzung, 18.12.2024: <https://www.deutschlandfunk.de/uno-kritisiert-israel-wegen-golanhoehen-besetzung-104.html>;

zdf, Golan: Israel plant Verdoppelung der Bevölkerung, 15.12.2024: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/israel-golanhoehen-investitionsplan-syrien-100.html>

¹³ tagesschau, Israel in Syrien, 13.12.2024: <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/israels-truppen-in-syrien-gekommen-um-zu-bleiben-100.html>

¹⁴ DLF, Kritik an Krankenhaus-Erstürmung, 19.12.2024: <https://www.deutschlandfunk.de/israel-nimmt-nach-eigenen-angaben-240-mutmassliche-amas-kaempfer-im-kamal-adwan-krankenhaus-fest-kr-104.html>

TAZ, Todeszone Nordgaza, 30.12.2024: <https://taz.de/Nach-Angriff-auf-Klinik-in-Gaza/!6055677/>;

Al Jazeera, Video: Gaza – War on Hospitals, 1.7.2024: <https://www.aljazeera.com/program/al-jazeera-world/2024/6/1/gaza-the-war-on-hospitals>;

Al Jazeera, What's behind Israel's siege...?, 30.12.2024: <https://www.aljazeera.com/program/inside-story/2024/12/30/whats-behind-israels-siege-of-north-gaza-and-is-gaza-city-next>

Der Schlepper 109, Krieg: Zielscheibe Gesundheit, Felix Litschauer, 11-2024: https://www.frsh.de/fileadmin/schlepper/schl_109/s109_76-78.pdf

¹⁵ israel heute, Plan zur Zerschlagung der Hamas, 5.9.2024: <https://www.israelheute.com/erfahren/aushungern-israelische-generaele-stellen-plan-zur-zerschlagung-der-amas-vor/>

DLF, AA fordert mehr Hilfsgüter f. Gaza durchlassen, 11.11.2024: <https://www.deutschlandfunk.de/baerbock-israel-muss-humanitaere-zusagen-in-gaza-einloesen-derzeit-so-wenig-hilfsgueter-wie-noch-nie-106.html>

Guardian/Freitag, Nordgaza wird systematisch entvölkert, 27.11.2024: <https://www.freitag.de/autoren/the-guardian/nordgaza-wird-systematisch-entvoelkert>

FAZ, Verstößt Plan der Generäle gegen Völkerrecht?, 15.11.2024: <https://www.faz.net/aktuell/politik/krieg-in-nahost/gaza-krieg-verstoest-der-plan-der-generaele-gegen-voelkerrecht-110114418.html>

DLF, DRK fordert Zugang in Gaza-Streifen, 30.12.2024: <https://www.deutschlandfunk.de/drk-praesidentin-fordert-besseren-zugang-zum-gazastreifen-100.html>

evangelisch.de, Im Gaza-Streifen droht Hungersnot, 25.12.2024: <https://www.evangelisch.de/inhalte/237658/25-12-2024/israel-blockiert-zugang-un-im-gaza-streifen-droht-hungersnot>

Al Jazeera, Starvation as a war tactic?, 26.12.2024: <https://www.aljazeera.com/program/inside-story/2024/12/26/is-israel-using-starvation-as-a-war-tactic-in-gaza>

OCHA UN, update Gaza #253, 8.1.2025: <https://www.ochaopt.org/content/humanitarian-situation-update-253-gaza-strip>

¹⁶ ECCHR, Völkerrecht unter Beschuss, letzter Aufruf 8.1.2025: <https://www.ecchr.eu/fall/voelkerrecht-unter-beschuss/>;

tagesschau, Folgen des Haftbefehls für Netanjahu, 21.11.2024: <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/haftbefehl-istgh-faq-100.html>;

TAZ, Vertreiben und abriegeln, 13.10.2024: <https://taz.de/Israelische-Offensive-auf-Gaza/!6039715/>

tagesschau, IDF-Soldaten-Videos werden zum Problem für Israel, 11.3.2024: <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/israel-soldaten-videos-100.html>

TAZ, Die Hölle von Gaza sehen, 30.5.2024: <https://taz.de/Gaza-Krieg-in-den-Medien/!6010413/>

aljazeera.com, Sense of impunity, 10.5.2025: <https://www.aljazeera.com/news/2025/1/10/impunity-and-accountability-the-ngo-holding-israeli-troops-to-account>

allisraelnews, Veröffentlichung der Daten von 35.000 IDF-Soldaten, 26.11.2024: <https://allisrael.com/de/israel-feindlicher-telegram-kanal-veroeffentlicht-daten-von-35-000-idf-soldaten-um-israelis-wegen-kriegsverbrechen-anzuklagen>

¹⁷ ZDF, Was Gerichte zum Völkermord-Vorwurf sagen, 1.6.2024: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/israel-vorwurf-voelkermord-palaestiner-gericht-gazastreifen-100.html>

Amnesty International, Recherche zu Völkermord in Gaza, 5.12.2024: <https://www.amnesty.de/pressemitteilung/israel-gaza-genozid-voelkermord-palaestinerinnen-amnesty-bericht>

HRW, Ausrottung und Völkermordhandlungen, 19.12.2024: <https://www.hrw.org/de/news/2024/12/19/israels-verbrechen-gaza-ausrottung-und-voelkermordhandlungen>

¹⁸ ARD/Monitor, Kriegsverbrecher Netanjahu?, 5.12.2024: <https://www1.wdr.de/daserste/monitor/videos/kriegsverbrecher-netanjahu-100.html>;

FR, Deutschland als „Mittääter“, 15.11.2024: <https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/israelisches-bombardement-deutschland-als-mittaeter-93405541.html>;

Offener Brief an O. Scholz/Robert Habeck/A. Baerbock, Stopp Supporting the Annihilation of Palestinians, 20.12.2024:

https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLSevHkL5W5XT5dggm_RkWPi9jXc4AtHE4SwTHstQqQI85YVuMg/viewform

ARD/Panorama, Deutsche Außenpolitik in der Sackgasse, 28.11.2024: <https://www.ardmediathek.de/video/panorama/israel-deutsche-aussenpolitik-in-der->

trotz entschiedener Vorbehalte renommierter Wissenschaftler*innen und substanzieller Kritik selbst aus oppositionellen israelischen und jüdischen Kreisen hierzulande¹⁹ unter Zuhilfenahme der Antisemitismusdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)²⁰ festgeschrieben werden. Offenbar sollen einer solchen Leitkultur auch die in Fachkreisen heftig umstrittene²¹ und dennoch am 7.11.2024 im Bundestag beschlossene Resolution „Nie wieder ist jetzt“²², der hier vorliegende schleswig-holsteinische schwarz-grüne Gesetzentwurf zur Änderung der Landeshaushaltsordnung und der derzeit erarbeitete schleswig-holsteinische Landesaktionsplan gegen Antisemitismus und für die Förderung der Sichtbarkeit jüdischen Lebens in Schleswig-Holstein²³ dienen.

Ziel ist wohl, einen – wenn schon nicht formalrechtlichen, so doch politischen und dem Verwaltungsermessen eine der Staatsraison entsprechende Richtung gebenden mittelbaren – Bekenntniszwang durchzusetzen.

Dass nicht einmal die IHRA ihre Antisemitismus-Definition als gesetzliche Norm, sondern allenfalls als Arbeitshilfe verstanden wissen will, stört offenbar diejenigen nicht, die hier allzu gerne restriktive ordnungs- und förderungspolitische Fakten schaffen und trotz zunehmender gesellschaftlicher und internationaler Kritik einen jeden Zweifel weitgehend ausblendenden Fortbestand der bis dato geltenden Ausrichtung bundesdeutscher Nah-Ost-Politik die Richtung geben möchten.

Unter diesen Voraussetzungen vermag es die von einer großen Zahl namhafter israelischer und internationaler Wissenschaftler*innen erarbeitete und von noch mehr renommierten Vertreter*innen aus Forschung und Lehre weltweit unterstützte *Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus*²⁴, die vielmehr jüdische Menschen und weniger Organe des Staates Israel als gegen Antisemitismus zu verteidigen definiert, nicht so recht durchzudringen. Auch gelingt es nur bedingt, israelischen Wissenschaftlern wie z.B. Yakov M. Rabkin²⁵, Moshe Zuckermann²⁶ oder Moshe Zimmermann²⁷ sich zur ihres Erachtens zunehmenden politischen Instrumentalisierung des Antisemitismusbegriffs Gehör zu verschaffen. Sie werden stattdessen als jüdische Antisemiten diskreditiert²⁸.

Immerhin aber hatte am 23.10.2024 ein Kreis von in Deutschland wirkenden Wissenschaftler*innen eine alternative Formulierung für eine wie die oben genannte Bundestagsresolution zum Schutz jüdischen Lebens in Deutschland²⁹ vorgelegt, in der es u.a. heißt: „*Was genau unter Antisemitismus zu verstehen ist und in welchen Situationen er vorliegt,*

sackgasse/das-erste/Y3JpZDovL25kci5kZS84ZjMzOTJlMi0wZDdkLTRhNWMyjXYS03N2JiMTdjNzBiOWU;

AA, Deutsches Plädoyer vor dem IGH, 9.4.2024: [https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/2651798-2651798;](https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/2651798-2651798)

BPK, Binzel, Barenboim, Kienzler, zum Haftbefehl des IGH, 29.11.2024: <https://youtu.be/WZHxI5R5yzo?si=Bd93Dpy640XGZ5FW>

Freitag, Der Paukenschlag aus Den Haag, 27.11.2024: <https://www.freitag.de/autoren/lutz-herden/haftbefehle-der-paukenschlag-aus-den-haag-verhallt-so-schnell-nicht>

¹⁹ Verfassungsblog, Die Implementation der IHRA Antisemitismusdefinition in deutsches Recht, 18.12.2023: [https://verfassungsblog.de/die-implementation-der-ihra-arbeitsdefinition-antisemitismus-ins-deutsche-recht-eine-rechtliche-beurteilung/;](https://verfassungsblog.de/die-implementation-der-ihra-arbeitsdefinition-antisemitismus-ins-deutsche-recht-eine-rechtliche-beurteilung/)

jw, Autoritär und undemokratisch, 20.11.2024: <https://www.jungewelt.de/artikel/488242.resolution-gegen-antisemitismus-autorit%C3%A4r-und-undemokratisch.html?sstr=Spyro%7CMarasovic%7CAutorit%C3%A4r%7Cund%7Cundemokratisch> ;

DLF, Irrweg BT-Antisemitismusresolution, 3.11.2024: [https://www.deutschlandfunk.de/antisemitismus-resolution-bundestag-israel-meinung-100.html;](https://www.deutschlandfunk.de/antisemitismus-resolution-bundestag-israel-meinung-100.html)

DLF, Israelische NGOs kritisieren Antisemitismus-Resolution, 26.10.2024: <https://www.deutschlandfunk.de/antisemitismus-resolution-bundestag-israel-100.html>

²⁰ IHRA, Arbeitsdefinition von Antisemitismus, 26.5.2016: <https://holocaustremembrance.com/resources/arbeitsdefinition-antisemitismus>

²¹ Amnesty International, Antisemitismusresolution gefährdet Grundrechte, 18.10.2024: <https://www.amnesty.de/aktuell/deutschland-antisemitismus-resolution-gefahrdet-grundrechte>;

Nina Scheer, Stellungnahme zur Antisemitismus-Resolution, 4.11.2024: [https://www.nina-scheer.de/2024/11/04/stellungnahme-zur-antisemitismus-resolution-3-11-2024/;](https://www.nina-scheer.de/2024/11/04/stellungnahme-zur-antisemitismus-resolution-3-11-2024/)

TAZ, Kritik an Antisemitismus-Resolution, 7.11.2024: [https://taz.de/Antisemitismus-Resolution-im-Bundestag/l6047369/;](https://taz.de/Antisemitismus-Resolution-im-Bundestag/l6047369/)

<https://taz.de/Nach-Verabschiedung-im-Bundestag/l6049065/>

²² Dt. Bundestag, Resolution „Nie wieder ist jetzt!“, 5.11.2024: <https://dservr.bundestag.de/btd/20/136/2013627.pdf>

²³ BiMiSH, Online-Konsultation LAP Antisemitismus, 7.12.2024: <https://www.survey-xact.dk/engage/app/project/3c15e1511b90444c>

²⁴ Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus, letzter Aufruf am 8.1.2025: <https://jerusalemdeclaration.org/>

²⁵ Freitag, Israel ist nicht das Judentum – und umgekehrt, 16.6.2024: <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/israel-ist-nicht-das-judentum-und-umgekehrt>

²⁶ FR, Man wundert sich, 7.3.2024: <https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/absage-der-global-assembly-man-wundert-sich-92876820.html>

²⁷ TAZ, „Nicht jeder Boykott ist antisemitisch“, 10.1.2029: <https://taz.de/Moshe-Zimmermann-ueber-Israel-Kritik/l5561349/>

²⁸ Jacobin, Der Antisemitismus der Antisemitismus-Bekämpfer, 15.10.2024: <https://jacobin.de/artikel/antisemitismus-antideutsche-moshe-zuckermann-judith-butler>

²⁹ FAZ, Schutz jüdischen Lebens – Ein Textvorschlag, 23.10.2024: <https://www.faz.net/einspruch/nachrichten/vorschlag-zur-bundestagsresolution-gegen-antisemitismus-110063906.html>

bleibt Gegenstand fortwährender wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Reflexion; der Staat kann das nicht autoritativ festlegen. Zur Orientierung können verschiedene Definitionen dienen, so etwa die von der IHRA (International Holocaust Remembrance Alliance) erlassene, nicht rechtsverbindliche Arbeitsdefinition, sowie andere Definitionen wie die von führenden Holocaust-, Jewish Studies- und Antisemitismus-Forschenden verfasste und unterstützte [o.g.] Jerusalem Declaration oder das Nexus-Dokument³⁰. Ob Antisemitismus vorliegt, kann nur fallspezifisch beurteilt werden. Wir wenden uns gegen die Instrumentalisierung von Antisemitismusrwürfen zur Erreichung politischer Ziele, ganz gleich von welcher Seite.“

Diesem alternativen Resolutionsvorschlag, der – anstatt einer staatsautoritären und nur auf eine einzelne Diskriminierungsausprägung abstellenden Erzwingungsstrategie – einer demokratischen, geschichtsbewussten Selbstregulierung von sowohl gegen Antisemitismus, als auch gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ausgelegten und wirksamen zivilgesellschaftlichen und kulturbetrieblichen Struktur das Wort redet, haben sich gut 5.000 Unterzeichner*innen angeschlossen, weil sie „die Verteidigung von Grundgesetz und Demokratie und die Bekämpfung von Diskriminierung durch Antisemitismus und Rassismus als gesellschaftliche und politische Aufgaben [begreifen], die sich gegenseitig bedingen und intrinsisch zusammengehören“.³¹

Dass der Bedarf an einer intrinsischen insgesamt gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ausgerichteten, antirassistischen, antidiskriminierungswirksamen und mithin auch gegen Antisemitismus gerichtete Politik auf der Hand liegt, zeigen die infolge der seit Oktober 2023 im Nahen Osten herrschenden Gewalt, auch hierzulande zunehmenden Bedrohungen von Minderheiten.

Für das zweite Quartal 2024 sind dem Bundeskriminalamt bis 30. Juni insgesamt 715 politisch motivierte Straftaten mit antisemitischem Hintergrund gemeldet worden. Darunter waren laut Bundesregierung 19 Gewalttaten und 302 Volksverhetzungen.³² Das Bundesinnenministerium hat für das Jahr 2023 bundesweit 1.464 antimuslimische Straftaten und 70 Angriffe auf muslimische Einrichtungen erfasst. Das sei ein Anstieg von mehr als 140 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.³³ Mit fast 10.000 registrierten Fällen im ersten Halbjahr 2024 halten die Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund einmal mehr den Rekord. Das sind etwa 3.000 Fälle mehr als noch im gleichen Zeitraum des Vorjahres.³⁴

Gleichzeitig beklagen nicht nur palästinensisch-stämmige Gruppen und Personen, sondern selbst hierzulande exilierte liberale Israelis, nichtzionistische jüdische Organisationen und andere der konkreten Politik der israelischen Regierung gegenüber kritisch eingestellte demokratische Akteur*innen aus Teilen von Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft seit Oktober 2023 majorisierende ordnungspolitische Restriktionen im Kontext öffentlicher Meinungsbekundungen³⁵ oder im Bereich internationaler Förderung von international

³⁰ Nexusproject, The Nexus Document, 2021/2024: <https://nexusproject.us/nexus-resources/the-nexus-document/>

³¹ Positionspapier und Zeichnungsliste der Initiator*innen von „Ein Textvorschlag“, 23.11.2024:

<https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLScyErgrcDRrZ1EPuk6iX9x10g8JrWishN2rlnAhRyYZQwPg/viewform?fbzx=2223929789899636708>
FAZ, Ein Textvorschlag, 23.10.2024: <https://www.faz.net/einspruch/nachrichten/vorschlag-zur-bundestagsresolution-gegen-antisemitismus-110063906.html>

³² Dt. Bundestag, Antisemitische Straftaten im 2. Quartal, 15.8.2024: <https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1015266>

³³ CLAIM, Antimuslimische Vorfälle 2023, Juni 2024: https://www.claim-allianz.de/content/uploads/2024/06/20240620_lagebild-amr_2023_claim.pdf

³⁴ Tagesschau, Rechtsextreme Taten im ersten Hj. 2024, 22.8.2024: <https://www.tagesschau.de/inland/rechtsextreme-straftaten-anstieg-100.html>

³⁵ Der Schlepper 109, Vom Schweigen der Rechtswissenschaften, 11-2024: https://www.frsh.de/fileadmin/schlepper/schl_109/s109_98-101.pdf
<https://taz.de/Rede-in-der-Hamburger-Buergerschaft/I6052066/>

TAZ, Zahra Mojadeddi sieht Vernichtungskrieg, 21.12.2024: <https://taz.de/Rede-in-der-Hamburger-Buergerschaft/I6052066/>

Arbeiterpolitik.de, Ramsis Kilani aus Linkspartei ausgeschlossen, 22.12.2024: <https://arbeiterpolitik.de/2024/12/berliner-vorstand-unterstuetzt-die-deutsche-staatsraeson-kritiker-rams-kilani-aus-der-linkspartei-ausgeschlossen/>

TAZ, Hörsaalbesetzung in Hellersdorf, 7.1.2025: <https://taz.de/Hoersaalbesetzung-in-Hellersdorf/I6057104&s=Alice%2BSalomon%2BHochschule%2BPal%C3%A4stina/>

www.jungewelt.de/artikel/491309.hoersaalbesetzung-wegen-palaestina-polizei-gegen-hochschule.html

renommierter und innerhalb Israels engagierter israelischer und palästinensischer NRO³⁶. Aber auch jüdische Gemeinden, Organisationen und Personen fühlen sich zunehmenden Diskriminierungen ausgesetzt und bei ihren öffentlichen Positionierungen zum Nah-Ost-Konflikt von Politik und Mehrheitsgesellschaft allein gelassen.³⁷

Nach den rechtsextremen ‚Remigrationsankündigungen‘ von Potsdam³⁸ im Januar 2024 und unter dem Einfluss einer seit Monaten anhaltenden u.E. Migrationsfeindlichkeit befördernden politischen Debatte³⁹ und diesbezüglichen Rechtssetzungen⁴⁰, die offenbar insbesondere Zugewanderte aus dem globalen Süden ins Fadenkreuz nehmen. Darüber hinaus verstärkt sich im Zuge öffentlicher, leichtfertig singulär und pauschal auf migrantische Gruppen zielender Antisemitismusvorwürfe⁴¹ ein Rückzug von Menschen mit Migrationsgeschichte in ihre jeweiligen Bubbles. Das Vertrauen auf die Ernsthaftigkeit der Versprechen von Politik und Mehrheitsgesellschaft auf eine gute Integrationsperspektive im Einwanderungsland Deutschland befindet sich dort im Sturzflug.

Daraufhin warnt nicht nur DIW Präsident Marcel Fratzscher: *„Die sogenannte ‚Remigration‘ ist längst Realität.“*⁴² Immer mehr Menschen haben einer aktuellen Studie des Forschungsinstituts DeZIM⁴³ zufolge konkrete Pläne, Deutschland zu verlassen. Dies treffe beispielsweise auf knapp 19 Prozent aller Menschen aus Nordafrika und 1,9 Prozent aller Deutschen zu, die ins Ausland abwandern wollen, insbesondere als Reaktion auf Fremdenfeindlichkeit und eine fehlende Toleranz und Wertschätzung. Alle demokratischen Parteien, die Bundesregierung und auch die Union, trügen hierfür die Hauptverantwortung, denn *„anstelle sich gegen den Populismus und gegen die Ausgrenzung von verletzlichen Gruppen zu stemmen und diese zu schützen – von Geflüchteten, über Minderheiten bis hin zu Bürgergeldbeziehenden –, instrumentalisieren sie diese für politische Zwecke. Damit dürfte sich die von der AfD geforderte ‚Remigration‘ weiter verstärken“*, ist Fratzscher überzeugt.

Wir befürchten, dass diesen Flow auch solche aktuellen, wirtschafts- und demographiepolitische Bedarfsfragen weitgehend ignorierenden, nur auf eine der verschiedenen durch Diskriminierungen gefährdeten Minderheiten und im bilateralen Kontext auf Bekenntniszwang abstellenden politischen Projekte zu sanktionsbesetzten Antidiskriminierungs-Resolutionen und Gesetzesinitiativen befördern.

Unseres Erachtens ist die Legislative gut beraten, die historische Verantwortung gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus und die sich daraus herleitende Idee der Staatsraison nicht als Rechtfertigung misszuverstehen, im Ergebnis die besten, klügsten und am loyalsten an sie glaubenden und auf ihre versprochenen verfassten Werte vertrauenden eigenen und zugewanderten Kinder und gleichzeitig den Dreiklang der Gewalten mittels der Idee von sanktionsbewährten Antisemitismusresolutionen und -gesetzen an eine restriktive Kandare zu legen und damit bestehende Spaltungen in der Gesellschaft zu vergrößern.

Aber noch funktioniert die Gewaltenteilung und Gerichtsentscheidungen haben eins ums andere Mal mit Verweis auf die grundrechtliche Meinungsfreiheit – bisweilen zum Missfallen einiger Ordnungspolitiker*innen – ergangene Verbote Gaza-Kriegs-kritischer Veranstaltungen und

³⁶ DW, Germany defunds 2 israeli human rights groups, 5.1.2025: <https://www.dw.com/en/germany-defunds-2-israeli-human-rights-groups/a-71217628>

³⁷ Jüdische Allgemeine, Zentralrat beklagt fehlende Solidarität mit Juden, 26.8.2024: <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/zentralrat-der-juden-beklagt-fehlende-solidaritaet-mit-juden/>

³⁸ Correctiv, Geheimplan gegen Deutschland, 10.1.2024: <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>

MDR, Remigrationspläne der AfD, 5.2.2024: <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/afd-ostdeutschland-remigration-geheimtreffen-potsdam-100.html>

³⁹ Der Schlepper 109, Deutschland im Notstand?, 11-2024: https://www.frsh.de/fileadmin/schlepper/schl_109/s109_6-9.pdf

⁴⁰ Der Paritätische, Fortschreitende soziale Ausgrenzung: „Sicherheitspaket“ und AsylbLG-Kürzungen, 31.10.2024: <https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/fortschreitende-soziale-ausgrenzung-sicherheitspaket-und-asylblg-kuerzungen-treten-in-kraft/>

⁴¹ Mediendienst Integration, Antisemitismus unter Menschen mit Migrationshintergrund und Muslim*innen, 4-2023: https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/MEDIENDIENST-Expertise_Antisemitismus_unter_Menschen_mit_Migrationshintergrund_und_Muslimen.pdf

⁴² Zeit Online, Die sogenannte Remigration ist längst Realität, 4.10.2024: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2024-10/migration-asyllpolitik-afd-union-bundesregierung/komplettansicht>

⁴³ DeZIM, Folgen des Aufstiegs der AfD: Ablehnung, Angst und Abwanderungspläne, 9-2024: <https://lmy.de/tnNvd>

Kundgebungen wieder einkassiert. Ebenso sind Versuche, in diesem thematischen Kontext kritische Wissenschaftler*innen, Medienleute und Kulturschaffende mit der Drohung des Entzugs öffentlicher Förderung gefügig zu machen, bisher juristisch nicht durchsetzungsfähig.

Wir lehnen den dieser Stellungnahme zugrundeliegenden Gesetzentwurf zur Änderung der Landeshaushaltsordnung ab, weil er u.E. geeignet ist, im Ergebnis der Verwaltungsumsetzung Bedingungen zu fördern, die den dringend notwendigen Zusammenhalt in der diversen Einwanderungsgesellschaft zu konterkarieren und in den migrantischen Communities den Eindruck des hierzulande Nichtwillkommenseins zu verstärken.

Zivilgesellschaft und politische Klasse sollten u.E. eine zielführende sowohl rechtspolitische wie antidiskriminierungstaugliche Exit-Strategie aus der aktuellen, weder den historischen Opfern noch der Verantwortung für die Verlängerung der deutschen Geschichte im Nahen Osten angemessenen bundesdeutschen Innenpolitik identifizieren, die dann auch geeignet wäre, dem Bedarf eines besseren gesellschaftlichen Zusammenhalts in der Einwanderungsgesellschaft gerecht zu werden. Hier bieten wir der Politik ausdrücklich unsere Zusammenarbeit an.

Rechtsinstrumente, wie der hier zu beurteilende Gesetzentwurf zur Landeshaushaltsordnung der schwarz-grünen Landesregierung, sind u.E. dafür allerdings nicht geeignet, da sie im Ergebnis „den Schmerz der Anderen“⁴⁴ (Wiedemann) vollständig ausblenden und weil sie als Instrument missbraucht werden können, die hierzulande mittelbar vom Konflikt im Nahen Osten Betroffenen, ihre Verzweiflung um ihre Heimat und ihre Lieben dort, sowie mit ihnen solidarische Menschen und Organisationen aus der diversen Zivil- und Kulturgesellschaft mit ordnungs- und förderpolitischen Sanktionen zu domestizieren und im Ergebnis die meinungsfreiheitliche und demokratische Substanz des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu schädigen.

Fazit

Die bestehenden Förderungsrechtslagen sind u.E. auskömmlich dahingehend ausgelegt, einer grundrechts- und menschenrechtsfeindlichen sowie diskriminierungsintensiven politischen Instrumentalisierung öffentlicher Mittel vorzubeugen. Sollte im Diskriminierungstatbestandszusammenhang in Einzelfällen dennoch entsprechende Risiken oder Handlungsbedarfe offenbar werden, erscheint uns das eine Herausforderung für die gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung zu sein und kann kaum zielführend „auf der Grundlage von Generalklauseln [zu] politischen Vorgaben für die Richtigkeit von Bekenntnissen“ im Wege restriktive Rechtslagen vorbeugend eingeeht und exekutiert werden. Da heraus und mit Blick auf die schon o.g. „Grenze legitimer politischer Gestaltung“ sowie ebenso eingedenk der möglichen schädlichen Wirkung für den ohnehin fragilen Zusammenhalt in der diversen Einwanderungsgesellschaft folgt – auch im Bemühen, der Aufforderung des Innen- und Rechtsausschusses an uns, konkrete Vorschläge mit Blick auf die Formulierung einer entsprechenden gesetzlichen Änderung einzubringen – unser Vorschlag, den Gesetzentwurf ersatzlos zu streichen.⁴⁵

Mit Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme und mit freundlichen Grüßen

gez. Martin Link

für den Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.

⁴⁴ Bpb, Den Schmerz der Anderen begreifen, letzter Aufruf 8.1.2025: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/LP_Wiedemann-Schmerz_BpB-Artikel-Nr-10914.pdf

⁴⁵ Zitate aus Marietta Auer, MPI, ebd.